

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

162 (15.7.1912) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: In's Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 8,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 1/2 12-1/2 1 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseratenannahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 8 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G e d & C o., Karlsruhe.
 Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Rabel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.
 Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Sieglar in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Kurt, der Zeugerische.

Die Maschinen des Hauses Scherl, G. m. b. H., sind seit einiger Zeit voll auf dem beschäftigt. Artikel des Herrn Professor Kurt Breyfig massenhaft in die Welt hinausgeschleudert. Die publizistische Fruchtbarkeit dieses Gelehrten könnte einen fast auf den Gedanken bringen, daß sich endlich auch unter den fgl. preussischen Wissenschaftsbeamten einer gefunden hätte, der das Zeug zum richtigen Journalisten hat, würde sich die schriftstellerische Massenschneiderei des Herrn Breyfig nur nicht mit einer verodazu erstaunlichen professoralen Einseitigkeit verbinden. So oft sich auch die Walzen von Scherl in Bewegung setzen und das endlose Papier zu rollen beginnt, ist es im Grunde immer wieder derselbe Breyfigsche Artikel, der auf der weißen Fläche erscheint. Immer wieder ist es der „Massen- und Maschinengeist“, über den hier mit wenig Geist massenhaft und maschinenmäßig geklagt wird, immer ist es der „Führerherrschaft“ und die „Führerkräfte“, die mit demütiger Schwäche angebetet und gelobhudelt werden, und immer wieder wird uns als Ustanium gegen die Reiden unseres an einem Uebermaß von Demokratie und Sozialismus krankenden Zeitalters der Senat von Oelmenschen präsentiert, der im Breyfigschen Zukunftsstaat an Stelle des demokratisch verrotteten und sozialpolitisch verweichlichten Reichstags die Geschäfte des Reiches in seine Hände nehmen wird: „Der Rat der Besten“.

Schließlich verlohnt es sich wohl zu sommerlichem Zeitvertreib, einmal zu untersuchen, ob Herr Breyfig wirklich, wie er vermeint, den politischen Stein der Weisen gefunden hat. Nur wird man dabei nicht die Methode anwenden dürfen, mit Worten zu streiten, die sich zur rechten Zeit einstellen, wo die Begriffe fehlen, und man wird ohne überflüssigen Wortgeklügel hübsch bei der Sache bleiben müssen. So mag denn gleich von vornherein festgestellt werden, daß ein „Rat der Besten“ ein wunderwunders Ding wäre — hätten wir ihn nur erst — und daß wir alle uns nichts Angenehmeres wünschen könnten, als von ihm reniert zu werden.

Die Sache hat aber einen verfluchten Haken. Denn während alle Welt darüber einig ist, daß die Besten, Geheiligsten, Uneigennützigsten die Geschäfte der Allgemeinheit führen sollen, herrschen die größten Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Methode, durch die man diese zum Regieren berufenen Besten herausfindet. Die primitivste Methode war die, daß man es einem bestimmten Mann und einer bestimmten Frau überließ, miteinander ein Kind zu machen. Gelang es glücklich, daß das Kind ungeweiht männlichen Geschlechts war, so galt dieses ohne weiteres als der Tüchtigste und Beste, der vom lieben Gott selbst zum Regieren bestimmt war. Man setzte ihm eine goldene Krone auf den Kopf, gab ihm einen goldenen Stab in die Hand und nannte es König oder Kaiser.

Mit dieser Methode, den zum Regieren berufenen Besten herauszufinden, hat aber die Menschheit nicht immer gute Erfahrungen gemacht, und so ging man dazu über, andere Systeme auszufücheln, durch die die „Regierung durch die Besten“ besser verwirklicht werden könnte. So fanden zunächst die Briten und die Amerikaner, daß die besten Männer aller Länder, daß sie sich auf das Regieren mindestens so gut verständen wie das Herrscherhaus selbst und sie halfen beim Regieren so tapfer mit, daß den von Gottes Gnaden dazu Bestimmten fast nichts mehr zu tun übrig blieb.

Aber auch dabei sollte es nicht bleiben. Verschiedene Müller und Maier, Schulze und Schmidt, die reich geworden waren oder gar die Universität besucht hatten, fanden gleichfalls, daß sie sich auf das Regieren genau so gut verständen, wie die adeligen Herrschaften. Sie verlangten darum Gleichberechtigung — für sich mit einer richtig gehenden Konstitution: die Herrschaft der Bourgeoisie, Bildung und Besitz nannte man es, wurde die Forderung des Tages.

Und schließlich kam das Volk selbst, zu dessen „Wohle“ jene alle, wie sie stets versicherten, regierten, und es fand, daß alle diese Systeme nichts taugten. Es verlangte, die Besten, die ihm seine Gesetze machen oder vorschlagen und einen Staat verwalten sollten, selbst ausfindig machen zu dürfen und es begann — nicht in Preußen, aber in der übrigen zivilisierten Welt — jene Epoche demokratischer Entwicklung zum Sozialismus, die Herrn Kurt Breyfig so großen Ruhm bereitet.

Nun hat Herr Breyfig (darin stimmt ihn der stets wohlmeinende Kritiker zu) soweit recht, als auch die Demokratie nicht immer den Geheiligsten und Bravsten zur Regierung hilft. Neben den geborenen und den durch ihren

Geldsack zum Regieren berufenen Eiteln — nicht alle sind sie es — gibt es auch gewählte Eitel, diese aber haben vor den geborenen den Vorzug, daß sie, sobald ihre Unfähigkeit oder Schlechtigkeit erkannt ist, von ihrer Stelle entfernt werden können, die geborenen aber nicht. Und dies ist nach unserem bescheidenen Dafürhalten der große Vorzug der Demokratie.

Worin besteht nun die von Herrn Breyfig erfundene Methode, ganz unfehlbar den besten Leuten die Regierungsgeschäfte zu übertragen? Herr Breyfig meint, es sollten die hervorragendsten Männer der verschiedensten Berufsweige, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, der Kunst, der Wissenschaft zu einem Reichsrat berufen werden, der die Tätigkeit des Reichstags zu kontrollieren hätte. Damit verfallt Herr Breyfig, der Demokratienhasser, selber der gefährlichsten Kinderkrankheit der Demokratie, nämlich dem Aberglauben, daß ein Mann, der eine gute Maschine erfunden, ein schönes Bild gemacht oder ein ausgezeichnetes Gedicht geschrieben hat, darum auch der Berufene sei, die Rechnungen des Staatshaushalts nachzuprüfen oder das Krankentafelgesetz zu reformieren. Er nennt diese Leute in seiner blühenden Sprache die „Zeugerischen“ und läßt sie mit großartiger Sandbewegung ein: Bitte, nun regieren sie!

Das könnte aber eine schöne Geschichte werden. Eine Geschichte, die selbst dadurch nicht besser wird, daß auch den Sozialdemokraten in diesem Rat der Besten ein bescheidenes Plätzchen eingeräumt werden soll. (Siehe also, auch der „Massen- und Maschinengeist“ gebiert Männer mit Führerherrschaft und Führerkräfte: Zeugerische!) Denn da die meisten dieser schaffenden Geister völlig in ihrer besonderen Arbeit aufgehen und von Politik im Durchschnitt weniger wissen als ein organisierter Arbeiter, würden sie als regierende Versammlung einen geradezu erbarmungswürdigen Anblick gewähren. Statt einer Regierung der Besten würden wir eine Regierung von Leuten bekommen, die vom Regieren am gewissten nichts verstehen.

Um die Tiefgründigkeit des Breyfigschen Projektes zu kennzeichnen, genügt es, noch hervorzuheben, daß der Rat der „Zeugerischen“, der später sich durch Inzucht ergänzen soll, zunächst bis auf weiteres von Wilhelm II. ernannt werden soll. Unter verfassungsmäßiger Verantwortung des von Kaisers Gnaden regierenden Genies, des Herrn Theobald v. Bethmann-Sollweg!

Die Ursache der Lebensmittelteuerung und deren Folgen.

Unsere Staatsmänner sind bemüht, mit den kleinlichsten Mitteln die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Sie erblicken selbst bei den freien Turnerschaften eine Gefahr für die nationalen Interessen. Voll kleinlicher Neugierlichkeit vor dem roten Floß, der in geregelter Lauf durch die zivilisierte Welt zieht, sehen sie nicht die Felsenriffe im schwarzen Meer, auf dem das Staatsschiff des deutschen Reiches von den Wellen herumgetrieben wird, bis der Anprall an die Felsen erfolgt und das Schiff scheitert. Diese Katastrophe muß eintreten, wenn das Großkapital das Nationalvermögen ganz an sich gezogen hat und aus Furcht vor dem drohenden Untergang des Schiffes sich mit seiner Beute ins Ausland flüchtet. Die Hauptursache, die den finanziellen Ruin des Reiches herbeiführt, wenn nicht noch rechtzeitig ein anderer Kurs von der Regierung eingeschlagen wird, ist in der künstlichen Verteuerung aller Lebensmittel durch zu hohe Getreidezölle und in der Gewährung von Einfuhrscheiden zu suchen. Die Petitionen der Großstädte und der Wegger um Doffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh verhallen bei der Reichsregierung ungehört. Bezeichnend ist, daß gerade von den Ländern, wie z. B. von Oesterreich, die Vieheinfuhr gestattet ist, bei denen selbst Mangel an Schlachtvieh herrscht, während man vor Dänemark und Schweden die Grenzen für die Einfuhr verriegelt, damit das Fleisch im Preis ja nicht billiger zu stehen kommt wie im Inland. Und alle diese Maßnahmen werden unternommen zugunsten einer kleinen Schicht von etwa 2 Millionen Menschen, während man nach den übrigen 63 Millionen gar nichts fragt. Man denkt an maßgebender Stelle nicht daran, daß auch die Gerechtigkeit auf wirtschaftspolitischen Gebieten die Stütze des Staates ist, gleichgültig, ob dieser Staat in der Form einer Monarchie oder einer Republik erscheint. Die Ungerechtigkeit auf wirtschaftspolitischen Gebieten, die Bevorzugung einer kleinen Klasse auf Kosten der Masse des Volkes muß sich rächen und die Nachgebottin wird früher oder später das Schiff mit samt dem Steuermann verderben. — Der Geburtenrückgang in Deutschland ist ein sicheres Symptom dafür, daß die Nemesis schon das Staatsschiff bestiegen hat, um das Steuerruder in die Hand zu nehmen. Am grünen Tisch der Regierung zerbricht man sich die Köpfe mit der Frage: Woher kommt eigentlich der Geburtenrückgang in Deutschland? Diese Frage ist so einfach zu beantworten, wenn

man betrachtet, daß die durch die hohen Zölle auf die notwendigen Lebensmittel hervorgerufene Verteuerung den vernünftigen Menschen zwingt, den Kinderlegen, nach dem Vorbild der oberen Schichten ganz erheblich einzuschränken. Wenn sich die Familien der kleinen Leute selbst faum satt essen können, warum sollen sie noch Kinder dazu heranziehen, um dasselbe Los mit ihnen zu teilen?

Man nehme das „Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich“ vom Jahre 1911 zur Hand und man findet, daß mit den Jahren der Hochschulzollpolitik, die Verteuerung der Lebensmittel und der Geburtenrückgang zusammenfällt. Von Interesse ist die Berechnung, daß im Jahre 1884/85 im jetzigen Reichsgebiet der Einfuhrzoll auf den Kopf der Bevölkerung 2,01 M. ausmachte, während derselbe im Jahre 1910 auf 11,01 M. pro Kopf angewachsen ist. Dazu kommt, daß im Jahre 1884/85 die Einwohnerzahl des Zollgebietes 23 478 120 Personen betrug; hingegen zählte die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahre 1910 rund 65 Millionen Menschen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl vom Jahre 1884/85 bezahlten wir im Jahre 1910 auf den Kopf der Bevölkerung den 15fachen Betrag mit rund 30,50 M. nur an Zöllen. Dazu kommen noch die vielen indirekten Steuern auf Salz, Zucker, Bier, Wein, Branntwein, Streichholz, Fahrkarten, Tabak, Leuchtmittel usw. Die Hauptentnahme an Zöllen bildet die Getreideinfuhr. Es sollen hier die hauptsächlichsten Zolleinnahmen auf die einzelnen Einfuhrprodukte einzeln angeführt werden. Die Zölle betragen im Jahre 1910 im ganzen 715 696 000 M. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen:

	1910	1910
	Auf den Kopf der Bevölkerung	Gesamteinnahme
Getreide	3,72 M.	242 191 000 M.
Petroleum	1,20 „	78 263 000 „
Kaffee und Kaffeeersatz	1,55 „	100 756 000 „
Wein	0,45 „	29 646 000 „
Butter und Margarine	0,13 „	8 430 000 „
Seringe, gefalzen	0,06 „	3 821 000 „
Schmalz	0,13 „	8 191 000 „
Reis	0,11 „	7 046 000 „
Süßfrüchte	0,06 „	3 977 000 „
Fleisch u. Fleischextrakt	0,09 „	5 702 000 „
Eier von Geflügel	0,06 „	3 847 000 „
Schweine	0,02 „	1 544 000 „
Rinder und Schafe	0,13 „	8 140 000 „
	7,71 M.	501 554 000 M.

Der hier fehlende Betrag aus Zöllen von 214 142 000 Mark oder auf den Kopf der Bevölkerung mit 3,3 M. verteilt sich auf die Einfuhr von Leinen, Baumwolle, Wolle, Seide, Maschinen, Fahrzeuge, Eisen, Ton- und Glaswaren, Delikatessen; wie Süßfrüchte, Honig, Aultern, Gewürze zc.

Wir sehen also, daß bei dem Hauptzollbetrag für Getreide mit 242 191 000 M. die Ursache der Verteuerung zu suchen ist. Zu dieser Summe sind aber noch die Einfuhrzölle für die Ausfuhr von Getreide in der Höhe von 123 463 000 M. zu rechnen, sodaß die Verteuerung der Grundlage der Lebensbedingung des deutschen Volkes für Brot und Fleisch um 365 654 000 M., also um rund 366 Millionen Mark im Jahre 1910 verteuert wurde.

Nicht genug damit, daß der Großgrundbesitz vom Reich durch die hohen Zölle begünstigt wird, man schenkt ihm im Jahr noch 123,5 Millionen Mark dafür, daß die „nationalen Herren“ ihr Getreide nach dem Ausland billig abschließen können, um die auf dem deutschen Markt durch die Ausfuhr bedirkte Knappheit an Getreide nochmals durch eine weitere Preissteigerung ausnützen zu können. Der deutsche Michel muß dann das Getreide vom Ausland beziehen, er bezahlt den Zoll, die Fracht, die sonstigen Unkosten. — Deutschland, Deutschland über alles!

Es muß hier auch noch angeführt werden, daß seit dem Bestehen des Einfuhrscheinsystems, dem Jahre 1894 an, die Reichsregierung dem deutschen Volke durch diese Einfuhrscheine allein die schöne Summe von rund 667,5 Millionen Mark abgenommen und den „nationalen“ Herren Junkern und Großspekulanten geschenkt hat. Ganz auffallend steigt die Getreideausfuhr, mit dieser die Getreidepreise durch das Scheinsystem.

Tag für die in Anrechnung gebrachten Einfuhrzölle in den Jahren:

1894	6 756 000 M.
1900	22 199 000 „
1907	55 445 000 „
1908	102 239 000 „
1910	123 463 000 „

Die hier angeführten Zahlen beweisen klar, daß der Kurs der Reichsregierung dorthin gerichtet ist, die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer zu machen, statt gerade entgegengesetzt zu steuern, wie es im Interesse des Reichs und des Volkes liegen würde. Nur so fortgefahren, um mit kleinlichen Mitteln einen angeblichen Feind der jetzigen Staatsordnung zu bekämpfen, während man die falschen Freunde Großkapital und Großgrundbesitz begt

und pflegt, bis durch die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen das wirtschaftliche Jena über Preußen-Deutschland hereinbricht. Wenn dann die Kapitalisten und Junker mit dem Rationalvermögen des deutschen Volkes, das sie unter dem Schutze der Regierung an sich gerissen haben, das Land verlassen, dann nützen auch die besten Luftschiffe und die neuesten Geschütze und Gewehre nichts mehr.

Dann erfolgt der Staatsbankrott!

Deutsche Politik.

Die große Sage. Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, tritt im Herbst ein Wechsel in der Leitung des Großen Generalstabs ein. Der derzeitige Chef, General v. Moltke, lehnt sich angeblich nach dem Ruhestand. Kostenpunkt: 12 000 M. pro Jahr.

Gleiches Recht für alle! Die „National-Zeitung“ erzählt mit der stauenden Bewunderung, die sich immer bei den liberalen Heldenjungen einstellt, wenn sie von „hohen Herrschaften“ reden:

Das Kronprinzen-Auto ohne Krone. In Berliner Gesellschaftskreisen erzählt man sich folgenden Stoff: Der Kronprinz und seine Gemahlin, die er in seinem jüngst erschienenen Jagdbuch immer „Cecile“ nennt, sind ganz froh, wenn sie in ihrem schnellen Automobil dahin fahren können, ohne daß gleich jedes Kind darauf aufmerksam wird, daß hier ein prinziplicher Wagen vorbeifährt! Die Kronprinzessin kam daher auf den Gedanken, von einigen ihrer Wagen die königliche Krone entfernen zu lassen und erhielt dazu, wie sie in einem kleinen Kreise selbst erzählte, die Erlaubnis ihres kaiserlichen Schwiegervaters. „Ja aber, kaiserliche Hoheit, warum ist denn jetzt wieder überall die Krone angebracht worden?“ „Es ging doch nicht“ — soll die freimütige Antwort gelautet haben — „wir wurden zu oft aufgeschrien!“

Das nationalliberale Blatt merkt gar nicht, wie bei leidigen für die preussische Polizei die der Kronprinzessin in den Mund gelegte Aeußerung ist: Ist keine Krone am Auto, wird aufgeschrieben — ist eine Krone dran, dann schlägt die Polizei die Karten zusammen! — Wenn ein sozialdemokratisches Blatt so etwas von der preussischen Polizei behauptet hätte...

Der Verger des Reichsverbandes. Die Korrespondenz des Reichsverbandes ärgert sich wieder einmal über die vielen Inserate, die in sozialdemokratischen Blättern zu finden sind. Namentlich hat es der Reichsverbandes-Gesellschaft der Rat zu Dresden angetan, weil er in der „Dresdener Volkszeitung“ Koks zum Verkauf inseriert. Die Reichsverbände erklären den Rat, über etwaige materielle Vorteile die vaterländische Pflicht zu stellen und nicht durch Ueberweisung von Anzeigen die Kassen der Sozialdemokratie füllen zu lassen.

Die Inserenten müssen natürlich am besten wissen, wo sie ihre Waren anzupreisen haben, um sie verkaufen zu können und werden sich durch das Gefläß des Reichsverbandes am wenigsten beirren lassen.

Bellig ist das Eigentum. Wegen welcher Lappalien die Gerichte in Aktion treten, zeigt der folgende Fall: In Wöhlen (Schwarzburg-Rudolstadt) waren 4 Arbeiterkinder in den Wald gegangen, um etwas Streu zu holen. Obwohl nun der Fiskus durch eine geringfügige Streuentnahme keinen Schaden erleidet, wird das Streuholen als Waldfrevel strafrechtlich verfolgt. Die vier Schulkinder wurden gesehen und nun begann die Aufbietung eines Apparates, als gelte es, ein schweres Verbrechen zu sühnen; Die Anzeige wird erstattet, die Sache geht an das Gericht und die vier Delinquenten erhalten eine Vorladung vor das Amtsgericht Königsee, beschuldigt, Waldfrevel dadurch begangen zu haben, daß sie Streu im Werte von 10 Pfennig aus dem Walde geholt haben. Um die Größe der Missetat fühlbar zu machen, wird bei Nichterscheinen zum Termin Vorführung oder Verhaftung angedroht. Gleichzeitig werden die Eltern der Kinder benachrichtigt, daß sie als Beistand ihrer Kinder zum Termin erscheinen können.

Die Verhandlung fand auch statt, konnte aber nicht beendet werden, da sich zur weiteren Aufklärung eine

zweite Verhandlung notwendig macht. Und das alles wegen 10 Pf.!

Als im letzten Rudolstädter Landtag unsere Genossen verlangten, beim Justizetat mehr zu sparen und die Zahl der Assessoren zu verringern, antwortete die Regierung, daß alle Beamten angestrengt zu tun hätten. Der vorstehende Fall zeigt, wie wichtig ihre Arbeit ist.

Die „nationale Flugspende“ scheint recht spärlich zu fließen. Der Manager, Graf Rosadowsky, hält es für notwendig, ein „Mahnwort“ an die säumigen Spender zu richten. Dieses Mahnwort ist zu einem umfangreichen Artikel geworden, der anscheinend der gesamten bürgerlichen Presse zugelandt wurde. Rosadowsky wendet sich gegen die mißtrauischen Flammacher, die in dem Flugwesen nur einen „Sport“ sehen, für den sie beizusteuern keine Lust haben. In der Abwehr gegen diese Zugeköpften gerät der edle Graf in solchen Eifer, daß er schon die Flugmaschine als „Angriffs-Waffe im Kriege“, die todbringende Bombe auf die Feinde niederstend, sieht: Es ist nicht recht zu erkennen, welcher Unterschied von humanitären Standpunkt aus darin besteht, ob Wurfgeschosse in der vertikalen oder der horizontalen Lage geschleudert werden; ob ein Torpedo von unten oder eine Bombe von oben wirkt...

Rosadowsky erinnert zwar daran, daß um die Wende des 18. Jahrhunderts die Regierung der jungen französischen Republik das Angebot eines Amerikaners Fulton, der sich erbot, die englische Flotte mit Torpedos zu vernichten, ablehnte, weil der erste Konsul (Bonaparte) eine solche Art und Weise, unter Wasser Krieg zu führen, für barbarisch hält, aber — so tröstet sich Rosadowsky: „Seitdem haben sich die Ansichten über die Anwendung von Unterseebooten und über die Verwendung von Torpedos wesentlich geändert. Und heutzutage bilden diese Artegemaschinen einen wichtigen Teil des Angriffs und der Verteidigung sämtlicher Flotten“. Und warum sollen da nicht auch die Flugmaschinen mit Bomben und Sprengmitteln arbeiten?

Vielleicht gibt's Leute, denen solche „barbarische“ Ausrichtungen die Lachen öffnen. Für die friedlicher und mehr kalkulatorisch Veranlagten gibt Rosadowsky eine Art Spendenverteilungsprogramm, um sie zu gewinnen.

Die nationale Flugspende soll dazu dienen, die Flugtechnik widerstandsfähiger gegen diese Einflüsse zu machen; ihre Mittel werden dazu dienen müssen, verbesserte Maschinen und neue Erfindungen zu prämiieren, Flugermaschinen technisch und flugtechnisch gründlich auszubilden, Preise für erfolgreiche Flüge zu gewähren, geeignete Stütz- und Landungspunkte etappenmäßig zu schaffen und schließlich auch die Zukunft der Flugtechnik zu sichern. So nur kann die Flugtechnik eine Entwicklung erfahren, welche für die Bedürfnisse der Landesverteidigung eine sichere Grundlage bietet; so sie auch für andere Zwecke mit wirtschaftlichem Erfolge verwendet werden kann, darüber zurzeit ein Urteil abzugeben, wäre voreilig und gewagt...

So sind alle Register gezogen. Wenn die Flugspende nun nicht reichlicher fließt, liegt's an der Böswilligkeit der „Patrioten“.

Mobilmachung der Versicherungsbeamten. Das preussische Kriegsministerium hat nach einer Meldung der „Rheinisch-Westf. Ztg.“ an die Generalkommandos einen Erlaß wegen Belegung von Beamtenstellen bei den Versicherungsämtern durch verabschiedete Offiziere gerichtet, in welchem es heißt:

Es ist in Aussicht genommen, einige mittlere Beamtenstellen mit geeigneten verabschiedeten Offizieren zu besetzen. Voraussetzungen sind es sich hierbei um Stellen handeln, mit denen die Vertretung des Vorsitzenden des Versicherungsamtes verbunden ist. Nach § 39 der Reichsversicherungsordnung kann jedoch zum Stellvertreter des Vorsitzenden nur bestellt werden, wer hierzu durch Vorbildung und Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geeignet ist. Offiziere, die sich um Anstellung bei einem Versicherungsamt bewerben wollen, müssen deshalb den Nachweis führen können, daß sie diese Vorbedingung in vollem Umfange erfüllen. Hierzu ist nach den bisher getroffenen vorläufigen Festsetzungen eine Vorbereitungszeit von etwa 2 Jahren und die Ablegung einer Abschlußprüfung erforderlich. Die Vorbe-

reitungszeit würde zu gleichen Teilen bei den drei Versicherungsträgern (Landesversicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft, Krankenkasse) und bei einer Versicherungsbehörde (Versicherungsamt, Oberversicherungsamt) zugebracht werden. Zurzeit empfiehlt es sich, die Vorbereitung zunächst bei einer Versicherungsanstalt oder einer Berufsgenossenschaft zu beginnen, weil der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der neuen Krankenkassen-Vestimmungen noch nicht feststeht. Da hier nach Offizielle vor Ablauf von mehreren Jahren als geeignete Bewerber nicht in Betracht kommen, werden die ihnen vorbehaltenen Stellen zunächst anderweitig besetzt werden müssen.

Badischer Landtag.

© Karlsruhe, den 13. Juli 1912. 102. Sitzung der 2. Kammer.

Im Regierungstisch: Minister Rheinboldt und Ministerialrat Wolpert.

Präsident Mohrhurst eröffnet 9.10 Uhr die Sitzung und bittet die Redner, sich angeichts der großen Tagesordnung möglicher Kürze befleißigen zu wollen. Zur Beratung stehen Petitionsberichte der Kommission für Eisenbahnen und Straßen.

Abg. Geppert (Ztr.) berichtet über die Petition des Gemeinderats Furtwangen, den Bau einer elektrischen Bahn nach Furtwangen nach Triberg und den Bau einer Stichbahn nach Schonach betreffend.

Die Regierung verhält sich ablehnend, die Kommission dagegen beantragt empfehlende Ueberweisung in dem Sinne, daß der Staat einen Zuschuß leistet.

Abg. Duffner (Zentr.) unterstützt lebhaft die Petition. Wir sind bei Aufstellung der Kosten- und Rentabilitätsberechnung sehr vorichtig gewesen. Ich hoffe, daß im nächsten Budget eine Anforderung eingestellt wird.

Ministerialrat Wolpert freut sich, aus den Worten des Vorredners entnehmen zu können, daß nimmermehr ein Projekt ausgearbeitet werden soll, das den Wünschen der Regierung entspricht.

Abg. Gummel (f. Vp.) wünscht, daß in den nächsten Staatshaushaltsplan Mittel eingestellt werden. Die Stadt Triberg und Schonach erhoffen von der Bahn einen wesentlichen Aufschwung ihres Wirtschaftslebens.

Der mitgeteilte Antrag wird hierauf angenommen.

Abg. Oberwald (f. Vpl.) erstattet Bericht über die Petition des Stadtrats und des Kur- und Verkehrsvereins Konstanz, die Umgestaltung der Bahnanlage in Konstanz betr. Die Regierung, der Kommission und Stadt herrscht Uebereinstimmung darüber, daß der bestehende Zustand dringend der Beseitigung bedürftig ist. Nur über die Lösung der schwierigen Frage gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Die Kommission stellt folgenden Antrag:

Das Haus wolle die Petition in dem Sinne empfehlend überweisen, daß 1. die Verlegung des Güterbahnhofes nach Petershausen in Angriff genommen wird, zum Abschluß gelangt sind, 2. daß im Budget 1914/15 eine erste Rate angefordert und 3. in Höhe ein neues Projekt zur Umföhrung der Bahn ausgearbeitet wird.

Abg. Benedek (f. Vpl.) dankt der Kommission und dem Berichterstatter für die wohlwollende und verständige Behandlung der Petition. Man hat das Richtige getroffen. Die derzeitigen Verhältnisse sind unerträglich. Schon Herr v. Brauer hat als Eisenbahnminister der Stadt Konstanz Abhilfe versprochen. Die feierliche Haltung der Regierung bedeutet eine große Enttäufchung.

Die Abg. Schmidt-Singen (natl.) und Pfefferle (natl.) beklagen die Mißstände in den Konstanzener Bahnhofsverhältnissen und treten für baldige Lösung der wichtigen Frage ein.

(Vizepräsident Geßl übernimmt den Vorsitz.) Minister Rheinboldt: Die Regierung erkennt an, daß die Konstanzener Bahnhofsverhältnisse verbesserungsbedürftig sind. Die Hauptschwierigkeiten liegen in der eigenartigen Lage des Geländes. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um hier rasch zu helfen und hoffen, daß wir noch im Laufe dieser Budgetperiode im Wege des Administrativkredits an die Verlegung des Güterbahnhofes herantreten zu können. Der Minister äußert sich über die beabsichtigten Maßnahmen, wobei auf die landschaftliche Schönheit der Stadt Konstanz Rücksicht genommen werden soll. Die Regierung sei bereit, einen erheblichen Zuschuß zu leisten. Ueber die strategischen Bedenken kommen wir nicht hinweg. Sie unterliegen auch nicht unserer Beurteilung.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Benedek (f. Vpl.) findet der Kommissionsantrag einstimmige Annahme.

Chodynka

von Leo Tolstoi. (Fortsetzung.)

Die Sonne ging auf, so hell und klar, und es ward allen gar frühlich ums Herz. Man sang und schwatzte, scherzte und lachte man freute sich über alles und erwartete immer neue Freuden. Jemeljan trank mit den Kameraden zündete sich eine Zigarette an und wurde noch fröhlicher und lustiger.

Alle hatten sich herausgebaut. Zwischen den feierlich gekleideten Arbeitern und Arbeiterfrauen sah man auch reiche Leute, Kaufleute mit ihren Frauen und Kindern, die sich unter das Volk gemischt hatten. Auch Nina Goltzjann sah man da — ihr Gesicht strahlte vor Freude darüber, daß sie ihren Willen durchgesetzt hatte und nun mit dem Volke zusammen, in seiner Mitte, die Thronbesteigung des vom Volke vergötterten Monarchen feiern konnte. Sie ging mit ihrem Vetter Aef an den Feldfeuern vorüber.

„Zur Gesundheit, schönes Fräulein!“ rief ihr ein junger Fabrikarbeiter zu und bot ihr ein Gläschen Brantwein an. „Nimm mit unserer Bewirtung vorlieb!“

„Ich danke,“ antwortete Nina ablehnend.

„Wohl bekomms!“ verbesserte sie Aef, mit seiner Kenntnis der Volksgebräuche prahlend, und beide gingen weiter.

Gewohnt, überall die erste Rolle zu spielen, durchwanderten sie das ganze Feld, wo es bereits recht eng zu werden begann. Es war so viel Volk anwesend, daß von dem aufsteigenden Atem ungeachtet des klaren Morgens ein förmlicher Nebel über dem Felde stand. Nina und Aef gingen ohne weiteres auf den Kavillon zu, doch die Polisten ließen sie nicht durch die Kette.

„Auch gut,“ meinte Nina. „Geben wir also wieder dahin!“ und sie kehrten wieder zu der Menge zurück.

„Du lägst,“ sprach Jemeljan, der mit den Kameraden

vor dem auf einem Bogen Papier hingebretteten Frühstück sah und einem ihm bekannten Fabrikarbeiter zuhörte, der eben erzählte, daß man bereits mit der Verteilung der Geschenke begonnen habe. „Du lägst!“

„Ich versichere dich! Es ist ungeschicklich, aber sie tun es doch. Ich habe es selbst gesehen. Einer trug ein Bündel und ein Glas.“

„Die alte Geschichte: sie geben es eben, wenn sie wollen.“

„Was redest du da? Darf man denn das tun? Es ist doch gegen das Gesetz!“

„Du siehst doch, daß man es tun darf.“

„Kommt, Kinder! Sollen wir vielleicht dastehen und zusehen?“

Alle erhoben sich. Jemeljan steckte seine Flasche mit dem Rest des Brantweins ein und ging mit den Kameraden. Er hatte jedoch kaum zwanzig Schritte gemacht, als das Gedränge so stark wurde, daß er nur mit Mühe vorwärtskommen konnte.

„Was drängst du dich so vor?“

„Und du — warum drängst du dich so vor?“

„Gast du vielleicht ganz allein das Recht, hier zu sein?“

„Lacht doch, ganzt euch nicht!“

„Hilse, sie drücken mich tot!“ ertönte eine weibliche Stimme. Von der anderen Seite ließ sich Kindergeschrei vernehmen.

„Sol dich der Teufel!“

„Was willst du eigentlich? Hast du es allein nötig?“

„Es wird ja alles vergriffen. Ich will doch noch zu den Kerlen hin! Gölle und Teufel!“ schrie Jemeljan, indem er die breiten, kräftigen Schultern gegen die Andrängenden stemmt, sich mit dem Ellenbogen Platz machte und vorwärts strebte, ohne selbst recht zu wissen, weshalb, nur weil auch die anderen das Gleiche taten, nur weil er meinte, er müsse unbedingt durch die Menge hindurch. Hinter ihm und von beiden Seiten stürmten die Menschen an, während sich vor ihm die Menge gestaut hatte, ihn nicht vorlieb, sich nicht von der Stelle rührte und in einem fort schrie und ächzte und stöhnte.

Jemeljan schüwte, bis die weißen Zähne zusammen, runzelte die Stirn und schob sich ununterbrochen, wenn auch langsam, die Vordermänner zur Seite stoßend, vorwärts.

Plötzlich geriet die Menge in Bewegung, stante sich einen Augenblick und wälzte sich dann in gerader Richtung und nach rechts hin vorwärts. Jemeljan blickte dorthin und sah, wie ein, zwei, drei Gegenstände durch die Luft flogen und in den Menschenhaufen fielen. Er begriff nicht, was da vor sich ging, neben ihm jedoch schrie plötzlich eine Stimme:

„Die verdammten Wichte — sie werfen es unter's Volk!“

Von der Stelle, nach der die Beutel mit den Geschenken flogen, ertönte Schreien und Lachen, Weinen und Stöhnen. Jemand versekte Jemeljan einen Stoß in die Seite. Er wurde noch finsterner und ärgerlicher. Kaum hatte er sich von diesem Schmerz erholt, als ihm jemand auf den Fuß trat. Sein Paletot, sein neuer Paletot, blieb an etwas hängen und bekam einen Riß. Jörn und Aef ergriffen sein Stetz, er drängte mit aller Macht gegen die von ihm Stehenden an und stieß sie vorwärts. Da geschah plötzlich etwas, das sich seinem Verständnis entzog. Bisher hatte er nichts als die Rücken der Menschen vor sich gesehen, während er nun mit einmal eine freie Fläche vor sich erblickte. Er sah die Zelte, jene Zelte, von denen aus die Geschenke verteilt werden sollten. Er hatte eine Empfindung der Freude, aber diese Empfindung währte nur einen Augenblick, denn er begriff gleich, daß sich das Bild vor ihm nur deshalb aufgetan hatte, weil die vor ihm stehende Menge an dem Erdwall angelangt war und nun alle, die einen in aufrechter Haltung, die andern kopfber, nach unten stürzten. Er fühlte, daß auch er ihnen folgte und auf die Menschen da unten herabstürzte, während die hinter ihm Stehenden wieder auf ihn fielen. Da überkam ihn zum erstenmale die Angst. Er lag am Boden. Ein Beid in einem Schultze fiel auf ihn. Er schüttelte sie von sich ab und wollte zurück, aber die hinteren Stehenden drängten nach vorn, und die Kräfte verließen ihn. Er stürzte nach vorn und seine Stütze traten auf etwas Weiches — auf Menschen. Sie griffen nach seinen Beinen und schrien. Er sah und hörte nichts und drängte sich über die Menschen-leiber hinweg nach vorn.

„Brüder, nehmt meine Uhr, meine goldene Uhr! Brüder rettet mich!“ schrie jemand neben ihm.

*) Wir entnehmen vorstehende Erzählung dem bei J. B. Neumann'schen Verlag, Berlin, in 8 Bänden erschienenen nachgelassenen Werken von Leo Tolstoi.

Abg. Stöckinger (Soz.) referiert über die Bitte der Automobilgesellschaft in Stöckach um eine staatliche Unterstützung. Die Kommission beantragt empfehlende Überweisung in dem Sinne, daß der Staat einen Zuschuß leistet unter der Voraussetzung, daß eine Verstaatlichung mit den beteiligten württembergischen und badischen Gemeinden zustande kommt.

Der Antrag wurde nach Unterstützung durch den Abg. Weiskopf-Mehrfach (natl.) angenommen.

Abg. Seubert (Zentr.) berichtet über die Petition wegen Erbauung einer Eisenbahn von Königheim über Giffingheim nach

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) tritt warm für das Bahnprojekt ein unter Hinweis darauf, daß das badische Hinterland nur mit wenig Bahnwünschen an das Land herantreten ist. Wer die Verhältnisse jener Gegend genau kennt, wird über die Notwendigkeit der Bahn nicht mehr im Zweifel sein, die auf etwa 8 Millionen zu stehen kommt. Seit 40 Jahren warten die Leute auf eine Verbindung und nun bekommen sie diese Stück für Stück. Ich hoffe, daß der jetzige Finanzminister diesen Bahnwünschen ein freundliches Gesicht zeigt.

Abg. Pfeffle (natl.) verweist auf die wohlwollende Stellungnahme der Kommission.

Abg. Dr. Jöhner (Zentr.): Unter den Orten am rechten Rheinufer Würzburg zu herrscht ein lebhafter Verkehr. Gardsheim und Königheim haben ein großes Interesse an einer Bahnverbindung. Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialrats Welpert und des Berichterstatters wird dem Kommissionsantrag zugestimmt.

Abg. Müller-Weinheim (natl.) berichtet über die Petitionen

a) des Eisenbahnkomitees und des Gemeinderats Destringen betr. den Bau einer Bahn von Ringolsheim nach Destringen; b) der Gemeinde Rangenbrüden und Seitzfeld um Einmündung der projektierten Nebenbahn Destringen-Saupfbahn in Rangenbrüden. Die Kommission beantragt, die erste Petition in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß im nächsten Budget eine Summe für die Vorarbeiten eingestellt wird, und über die zweite Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Fehr. v. Mensingen (Zentr.) unterstützt lebhaft den Wunsch nach einer Bahn von Ringolsheim nach Destringen.

Abg. Neuwirth (natl.) wünscht die Fortführung der Bahn nach Sinsheim.

Abg. Biegelmeier (Zentr.) fordert den Anschluß in Rangenbrüden.

Abg. Pfeffle (Soz.) wendet sich gegen den Vorredner.

Abg. Geiger (natl.) schließt sich dem Abg. Neuwirth an, worauf der Kommissionsantrag angenommen wird.

Abg. Bauschbach (konf.) berichtet über die Petitionen der Eisenbahnkomitees für die Erbauung einer Bahn von Rellingen nach Wergentheim und einer solchen von Wergentheim nach Rosenburg.

Die Anträge gehen auf Überweisung zur Kenntnisnahme nach, empfehlende Überweisung und werden angenommen, nachdem die Abg. Leifer (natl.) und Bauschbach (konf.) lebhaft für die Bahnprojekte eingetreten waren.

Abg. Gühring (natl.) referiert über die Petition betr. den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Schopfheim in das kleine Wiesental bis Regernau und beantragt empfehlende Überweisung.

Abg. Müller-Schöpfheim (Soz.) begründet einen Antrag, die Petition in dem Sinne empfehlend überweisen zu wollen, daß im nächsten Budget die Mittel für die Vorarbeiten eingestellt werden.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) wendet sich gegen diesen Antrag, der unter Umständen mehr schaden als nützen könnte. Auf dem gleichen Standpunkt stehen die Abg. Bauschbach (konf.) und Welpert (Zentr.), worauf der Antrag Müller abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen wird.

Nächste Sitzung: Montag 1/4 Uhr. — Kleine Vorlagen, Interpellationen und Anträge.

Nachtrag aus der Sitzung vom Freitag mittag.

Infolge eines Verwehrens blieb in unserem Bericht am Samstag ein kleiner Teil der Verhandlung weg, den wir hiermit nachholen. Vor dem Redner Abg. Leifer auf Seite 3, 3. Spalte, Zeile 11 von oben muß eingefügt werden:

Abg. Müller-Weinheim (natl.) berichtet im Namen der gleichen Kommission über die Petition des Komitees der

„Wer denkt jetzt an die Uhr?“ dachte Jemeljan und versuchte sich nach der entgegengesetzten Seite Luft zu machen.

In seiner Brust lebten zwei qualvolle Gefühle: die Angst um sein Leben und die Wut gegen alle diese wahnwitzig gewordenen Menschen, die ihn zu erdrücken drohten. Und daneben lockte ihn noch immer das ursprüngliche Ziel: sich bis zu den Felten vorzudrängen und einen der Beutel mit den Geschenken und dem Lotterielos zu erhalten.

Die Zelte waren ganz nahe vor ihm. Er sah die Austerler, hörte das Geschrei der Leute, die bereits bis zu ihnen vorgezogen waren, und vernahm auch das Krachen der Brettersteige, auf denen sich die vor ihm stehende Menge haute.

(Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

Abgelehnte Berufung. Geh. Rat Professor K r e h l hat den an ihn ergangenen ehrenvollen Ruf an die Münchener Universität abgelehnt. Er wird unserer Hochschule erhalten bleiben, die in dem hervorragenden Leiter ihrer medizinischen Fakultät sonst einen bedeutenden Gelehrten verloren hätte.

Literatur.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.

Protokoll der Vollversammlung des Badischen Handelstages. (Mitgeteilt von der Handelskammer für den Kreis Mannheim.) Das Protokoll der Vollversammlung des Badischen Handelstages ist erschienen und kann vom Vorort, der Handelskammer für den Kreis Mannheim, bezogen werden. Es enthält auf 134 Seiten die stenographische Aufnahme der Verhandlungen über das Statut für den Badischen Handelstag, die kommenden Handelsverträge, die Ausschaltung des Groß- und Kleinhandels, die Bedingungsverträge, besonders die Brauntweinbesteuerung und über die badischen Wassertrakte, ferner die beim jetzigen gehaltenen Fischreden, das neue Statut des Badischen Handelstages, eine kurze geschichtliche Darstellung der bisherigen badischen Handelstage, Präzisen und Nebensache. Sonderabdrücke sind erschienen (und können, soweit der Vorrat reicht, durch Buchhandlungen oder die Handelskammer Mannheim bezogen werden) von den Vorträgen der Herren Oberbaurat Prof. Hebbel und Zivilingenieur Zander über die badischen Wassertrakte, und von dem Bericht des Handelskammerpräsidenten Herrn Rues über die Ausschaltung des Groß- und Kleinhandels. Von letztgenanntem Vortrag haben der Verband selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden und die Vereinigung Mannheimer Detailkaufleute zusammen 1400 Stück bezogen.

Steinachtalgemeinden, den Bau einer Eisenbahn im Odenwälder Steinsachtal betr. Der Antrag der Kommission geht auf empfehlende Überweisung.

Für den Bau dieser Bahnlinie treten sehr lebhaft die Abg. Maier (Soz.), Pfeffle (Soz.), Dr. Koch (natl.), Bauschbach (konf.), Müller-Weinheim (natl.) ein, worauf Ministerialdirektor Dr. Schulz entgegnet, die Regierung werde in eine Prüfung eintreten, ob es sich ermöglichen läßt, bereits in das Budget des nächsten Landtages eine Summe einzustellen, eine bestimmte Zusage könne er aber nicht geben.

Es ist ein Antrag Maier, Müller-Weinheim und Bauschbach eingegangen, wonach die Petition der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiegen werden soll, daß die Regierung die Verhandlungen mit der heftigsten Regierung wieder aufnehmen möge.

Abg. Maier (Soz.) begründet den Antrag. Ministerialdirektor Dr. Schulz erklärt, dieser Antrag habe für die Regierung keine andere Bedeutung, als der Antrag der Kommission.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Seubert (Ztr.) und Welpert (Ztr.) zieht Abg. Maier seinen Antrag zurück. Sodann wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Nun folgt Abg. Leifer, wie schon berichtet.

Badische Politik.

Die Protektion der Ersten Kammer

hat sich Minister Böhm, der Scharfmacher, mit weinerlicher Stimme erbeten. Die „durchlauchtigsten, hochgeehrtesten Herren“ haben ihm natürlich den Gefallen getan, ihm zu befehlen, daß er das Vertrauen der Reaktionsäre aller Farben besitze. Auch der Freiherr v. Stokkingen richtete einige leutselige Worte an den bürgerlichen Unterrechtsminister. Dabei leistete sich der anmaßende Herr die Unverschämtheit, der Regierung zu sagen, mit sozialdemokratischen Führern dürfe niemand „hastieren“ — denn diese streben nur nach der Macht. Das behauptet ein Mann, der es als seine einzige Aufgabe betrachtet, die beiden mächtigsten Gruppen gegen den Staat zu stärken — ein Mann, der das Junkertum und die Kirche rücksichtslos über die Interessen der Allgemeinheit setzt. Wir gratulieren der badischen Regierung zu einem solchen Ratgeber.

Große und kleine Spitzbuben.

Dieser Tage ging eine Notiz der Mannheimer „Volksstimme“ durch die Presse, daß der „Generalpardon“ für Steuerdrückbeleger, der bis 1. Oktober verlängert wurde, in Pforzheim ein geradezu unerwartetes Resultat erzielt habe, indem bisher über 80 Millionen neuer Steuerwerte in Betriebsvermögen und Rentenkapitalien angemeldet worden seien. Auch im übrigen Baden soll der Generalpardon recht günstig „gewirkt“ haben.

Die Nachricht wird jetzt demontiert, und Geldproben in Pforzheim ist diese Feststellung unangenehm. Der „Pforzheimer Anzeiger“ bestreitet die Mitteilung der Mannheimer „Volksstimme“ über das Ergebnis des Generalpardons in Pforzheim; er behauptet, daß in Pforzheim die Generalpardon nicht wesentlich anders gewirkt hat, wie in den übrigen badischen Städten auch. In der Budgetkommission hat aber der Finanzminister ausdrücklich erklärt, daß speziell durch die geschickte Behandlung des Generalpardons durch den Pforzheimer Steuerkommissar „überraschende Resultate“ erzielt worden seien.

Von einer Seite, die es wissen kann, wird die Summe von 35 Millionen genannt, die in Pforzheim neu veranlagt worden seien. Aber sei dem, wie ihm wolle. Nachdem der Generalpardon nach der Aussage des Finanzministers sich „überraschende Resultate“ gezeitigt hat, wie wäre es, wenn man die straffreie Anmeldefrist unbestimmter Steuerwerte bis 1. Januar 1913 verlängern und folgende Bestimmung in das Steuergesetz aufnehmen würde: Vom 1. Januar 1913 ab werden alle den Steuergeheim unterliegenden und nicht zur Steuer angemeldeten Steuerwerte als „herrenloses Gut“ betrachtet und vom Staat eingezogen. Befinden sich die Steuerwerte im Ausland, so wird das Kapital des Defraudanten im Inland in der Höhe des nicht versteuerten Wertes im Ausland konfisziert?

Der Staat als Steuererheber geht an den Hüften der Armen nicht vorüber, um seinen Tribut durch indirekte Steuern und Zölle zu erheben. Er hat die Verpflichtung, auch den Reichen, der bestehenden Klasse gegenüber mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß diese ihre Verpflichtungen dem Staat gegenüber erfüllen. Die bestehenden Klassen und gerade die mit größerem Kapital verlangen für sich vom Staat einen starken Schutz durch immer größere Militärmacht. Sie befürchten nicht nur, ihre Vermögenswerte könnten ihnen im Inland gestohlen werden, sondern sie rechnen auch damit, daß sie vom Ausland geraubt oder vernichtet werden. Deshalb sind die großen Vermögenswerte in wenigen Händen das dem Volk vorgemachte schwarze Geld — die Kriegsgeld.

Das Menschennaterial zum Schutz und nötigenfalls zur Verteidigung der großen Vermögenswerte stellen größtenteils die unteren Volksschichten unentgeltlich. Sie tragen dazu noch die Kosten für Heer und Marine durch indirekte Steuern und Zölle. Es liegt im Interesse des Selbsterhaltungstriebes eines Staates, jeden Einwohner nach seinem Vermögen zu besteuern. Wer sich dieser Steuer entzieht, hat kein Anrecht mehr auf seinen unbesteuerten Besitz. Unbesteuerte Werte sind deshalb so zu betrachten, als habe der Besitzer deren Besitz aufgegeben, sie werden dadurch herrenloses Gut und fallen als solches dem Staate anheim.

Der beim Warenschmuggel ertrappte Bösewicht bekommt seine Gegenstände, die er nicht verzollen wollte, auch konfisziert. Trotzdem muß er noch den fünffachen Betrag bezahlen, welcher für die Artikel an Zoll zu entrichten gewesen wäre. Im Falle der Unbeibringlichkeit dieser Geldstrafe wird sie in eine Freiheitsstrafe umgewandelt. Welcher Unterschied besteht zwischen dem Warenschmuggel und der Steuerhinterziehung in rechtlicher und moralischer Hinsicht?

Rechtlich besteht kein Unterschied zwischen beiden Vergehen, denn beide, der Schmuggler und der Steuerdrückbeleger, wollen dem Staat das nicht geben, was er für sich in Anspruch nimmt. In moralischer Hinsicht ist zu berücksichtigen, daß der Schmuggler in den meisten Fällen das Zollgesetz deshalb übertritt, um sich und seinen Angehörigen einen billigen Bezug von Lebensunterhaltsgütern vom Ausland zu verschaffen, während der Steuerhinterzieher aus Motiven des Geizes handelt, um seinen

Reichtum nicht zu schmälern. Die Anwendung der Gesetz erfolgt beim Warenschmuggel in aller Strenge; hingegen bei der Steuerhinterziehung nicht. Es gilt auch hier das Sprichwort: „Die kleinen Spitzbuben hängt man, die großen läßt man laufen.“

Zur Nichtigstellung.

Wie uns mitgeteilt wird, fand die Rede des Majors Eder gegen die 110 Sozialdemokraten im Reichstag nicht beim Großherzoggeburtstags-Bankett in Ulm statt, sondern in Buchsal. Die Sache wurde uns sofort von mehreren Seiten mitgeteilt, daher die irrtümliche Annahme. Was wir sonst zu dem Vorkommnis zu sagen hatten, wird hierdurch nicht berührt.

Wer hat jetzt Recht?

Im „Badischen Militärbereinsblatt“ erließ der erste Präsident des Verbandes, Generalleutnant Fritsch, folgende Erklärung zu dem bekannten Presse-Zwischenfall auf dem Konstanzer Abgeordnetentag:

„Meinen Kameraden vom Badischen Militärbereinsverband will ich darüber Nachricht geben, welches die Tatsachen waren, die zu vielfachen Entstellungen und Angriffen der verschiedensten Zeitungen gegen mich geführt haben. Die Herren Vertreter der Presse waren schon einige Zeit vor dem Abgeordnetentag unter Anfügung eines Programms zu den durch den Militärbereinsverband in Aussicht genommenen Veranstaltungen eingeladen worden. Zum Schluß des Abgeordnetentages am 30. Juni, vormittags 11 Uhr, habe ich bekannt gegeben, daß die Herren Vertreter der Presse zu der Versammlung um 1 Uhr nicht erscheinen möchten. Gleichen Tages kurz vor 1 Uhr bemerkte einer unserer Herren, daß die Pressevertreter doch anwesend waren. Infolgedessen habe ich denselben gebeten, die Herren der Presse daran zu erinnern, daß ihre Anwesenheit nicht gestattet werden darf. Erst als die Herren der Presse hierauf den Saal nicht räumten, wie ich später hörte, weil sie auf die für andere Zwecke gegebene Einladung pochten, habe ich gesagt: „Ich bitte höflich die Herren Vertreter der Presse, den Saal jetzt zu verlassen.“ Die Einladung, welche die Herren Vertreter der Presse in Händen hatten, bezog sich auf die prgrammäßig in Aussicht genommenen Veranstaltungen des Militärbereinsverbandes. Die fragliche Versammlung um 1 Uhr stand nicht auf dem Programm, sondern war interner Art. Die Herren Pressevertreter hatten dazu keine Einladung erhalten. Ich hielt es für meine Pflicht, die widerrechtlich im Saal erschienenen Vertreter der Presse vor Beginn der Versammlung zu ersuchen, den Saal zu verlassen. So sehr ich auch solches Vorgehen bedauerte, ich konnte nicht mehr unterhandeln, da es schon fast 1 Uhr war. Später hatte ich noch Gelegenheit, den Herren Vertretern der Presse mein aufrichtiges Bedauern auszusprechen.“

Karlruhe, den 10. Juli 1912.

Generalleutnant Fritsch,

Präsident des Bad. Militärbereinsverbandes.

Wir bedauern lebhaft die Wichtigkeit dieser Erklärung des Herrn Generalleutnant Fritsch aufs entschiedenste bekräftigen zu müssen. Kein einziger Vertreter der Presse weiß etwas davon, daß Generalleutnant Fritsch vormittags 11 Uhr erklärt hat, die Vertreter der Presse möchten zu der Versammlung um 1 Uhr nicht erscheinen. Selbstverständlich wäre es keinem Pressevertreter eingefallen, in der Versammlung zu erscheinen, wenn von einer solchen Erklärung auch nur ein Wort bekannt geworden wäre. Es erscheint notwendig, daß die näheren Umstände mitgeteilt werden, unter denen die Erklärung abgegeben wurde, da es sonst ganz unverständlich bleibt, wie es kommt, daß die Pressevertreter von der sie betreffenden Erklärung absolut keine Kenntnis erhalten haben. Der ganze Verlauf der Ausweisung läßt deutlich erkennen, daß von einer solchen Erklärung nichts bekannt war. Nach alledem ist auch unrichtig, daß die Vertreter der Presse „widerrechtlich“ im Saal erschienen sind. Unrichtig ist ferner, daß Generalleutnant Fritsch die Vertreter der Presse „höflich“ gebeten hat, den Saal zu verlassen. Die Aufforderung, den Saal zu verlassen, erfolgte in einer Weise, die mit „Höflichkeit“ nach unseren Begriffen wenig zu tun hatte. Wir enthalten uns vorerst jeder weiteren Äußerung, bedauern aber, daß Generalleutnant Fritsch der von ihm beleidigten Presse nicht nur keine Genugtuung gibt, sondern neue Verleumdungen hinzusetzt.“

Man kann nicht sagen, daß der Generalleutnant großartig aus der Affäre hervorgeht.

Zwecks Förderung der heimischen Natursteinindustrie hat das Ministerium des Innern an die großen Städte, sowie an die mittleren Städte des Landes einen Erlaß gerichtet, dem wir folgendes entnehmen:

„Die badische Natursteinindustrie liegt teils wegen geringerer Bautätigkeit, teils infolge zunehmender Verwendung von Kunststeinen und des steinmäßig behandelten und bearbeiteten Eisenbetons, sowie infolge der aus baufunktionären Erwägungen entspringenden Bevorzugung verputzter Fassaden schon längere Zeit schwer darnieder, was für diejenigen Landesteile, in denen die Beschäftigung in den Steinbrüchen oder als Steinhauer die Haupterwerbsquelle der Bevölkerung bildet und eine andere ausreichende Verdienstmöglichkeit nicht besteht, erhebliche wirtschaftliche Schädigungen zur Folge hat. Um die mitleidige Lage der Bevölkerung dieser Landesteile wenigstens zu mildern, hat die Regierung in Aussicht genommen, die badische Steinindustrie durch namhafte Zuweisung von Steinlieferungen, für die sich bei den in Aussicht genommenen staatlichen Neubauten Gelegenheit bieten wird, nach Kräften zu unterstützen. Die Bekämpfung der Notlage der auf die Beschäftigung in den Steinbrüchen angewiesenen Bevölkerung wird aber nur gelingen, wenn auch die Gemeinden des Landes bei ihren Vergabungen auf tunlichste Berücksichtigung der heimischen Natursteinindustrie Bedacht nehmen.“

Es wäre zu begrüßen, wenn hiernach, soweit angängig, verfahren werden wollte.

Aus dem Landtag.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung der 2. Kammer hat den Gesetzentwurf über die Wahl der Landtagsabgeordneten in den 5 größten Städten des Landes abgelehnt. Es sollten durch dieses Gesetz die Wahlkreise der 5 Städte gesetzlich eingeteilt werden. Unter den gegebenen Verhältnissen hielt es die Kommission für richtiger, den jetzigen Zustand, wonach diese Wahlkreise durch ministerielle Verordnung eingeteilt werden, bis zum 1. Juli 1916 zu verlängern. Die Vertreter des Zentrums erklärten in der Kommission, den Antrag auf Einführung des Städteproporz wieder einzubringen.

en drei Vertriebs-Berufsvereinigungen zugebracht werden zunächst die Angehörigen der neuen Sphäre. Da hieren als geeignete die ihnen vorzugesetzt werden

13. Juli 1912.

und Ministerial-

die Sitzung und Tagesordnung Beratung werden und Straßen-

tion des Ge-

Städtebahn nach

Kommission das dem Sinne, daß

Petition. Die stützungsbedingten Budget eine

Borten des Vor-

Projekt ausge-

Regierung ent-

nächsten Staats-

dt. Krieger und

nen Aufschwung

en o m e n.

ber die Petition

es Konstant, die

r. Bei Regie-

Bereinstimmung

der Befestigung

frage geben die

ission stellt fol-

ne empfehlend

abhanges nach

schluß gelangt

angeordnete

ung der Bahn

n und dem Be-

andige Behand-

ffen. Die des-

Schon Herr

konstant Abhilfe

regung bedeutet

fferle (natl.)

hofsverhältnis

frage ein.

an, daß die

bedürftig sind.

igen Lage des

er Wache steht

nach im Laufe

redits an die

können. Der

nahmen, wobei

stanz Rückstuf-

reit, einen er-

chen Bedenken

nicht unserer

(f. Opt.) fin-

n n a h m e.

ute sich einen

Richtung und

dorthin und

die Luft flog

ff nicht, was

blöcklich eine

es unters

n Geschenken

n und Stöß

Stoß in die

cher. Raum

ihm jemand

alelot, blieb

en und Wut

ht gegen die

Da geschah

zog. Bis her

sich gefehen,

äche vor sich

nen aus die

ine Empfin-

nur einen

as Bild vor

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Geschichtskalender. Im Verlag der Buchhandlung 'Vorwärts' ist das erste Heft des 'Internationalen Jahrbuchs für Politik und Arbeiterbewegung' erschienen. Diese neue, im Einverständnis mit den Gewerkschaften von der Partei herausgegebene Vierteljahrschrift bezweckt, eine charakteristische Darstellung der wichtigsten Parteiergebnisse zu geben und die in Umlauf befindlichen bürgerlichen Geschichtskalender zu ergänzen oder zu ersetzen. Jeder in der Arbeiterbewegung tätige Genosse ist oft genötigt, den Verlauf wichtiger, in der Vergangenheit liegender Vorgänge mit möglicher Genauigkeit festzustellen. Solche Feststellungen ist heute oft nur durch umständliche Nachforschung in verschiedenen älteren Jahrgängen der Partei- und Gewerkschaftspressen möglich, da die bisher bestehenden Geschichtskalender in Fragen, die die Arbeiterbewegung angehen, nur zu oft verlogen. Das 'Internationale Jahrbuch' ist dazu bestimmt, die Orientierung zu erleichtern, indem es an die Stelle umständlicher Nachforschungen ein einfaches Nachschlagewerk setzt. Das sieben erscheinende erste Vierteljahrsheft umfasst die ersten drei Monate des Jahres 1912. — Das 'Internationale Jahrbuch' ist ein Buch, das von der Zeit selbst geschrieben wird, und das seinen Wert erhält durch die Summe zeitgeschichtlicher Ereignisse, die sich in ihm wieder spiegeln. So wird es von Heft zu Heft und von Jahrgang zu Jahrgang für seine Bezugsnehmer wertvoller werden und sich bald zu einem Schatz gestalten, den keiner, der an der Arbeiterbewegung tätiges Interesse nimmt, nicht missen wollen. Das 'Internationale Jahrbuch' erscheint in Vierteljahrsheften und kostet 10 Mk. pro Jahr. Der gebundene Jahresband kostet 12 Mk.

Kommunalpolitik.

- Schweisingen, 12. Juli. Der Bürgerausschuss der Gemeinde Hofenheim bewilligt 120 000 Mk. für die Kanalisierung der Straßen der Stadt.
Seibelsberg, 12. Juli. Der Bürgerausschuss bewilligt in seiner gestrigen Sitzung zu den Baukosten für das Fab. Krankenhaus dem Staat einen Kostenbeitrag von 1 Million Mark, sowie einen dauernden Betriebszuschuss von jährlich 50 000 Mk.
Schenkensell, 12. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der feierliche Bürgermeister Gruber wiedergewählt.
Emmeningen, 12. Juli. Bei den heutigen Bürgerausschusswahlen zur 1. Klasse wurden von der Liste der bürgerlichen Parteien (Nationalliberale und Zentrum) 16, von der Liste der Fortschritt. Volkspartei 8 Kandidaten gewählt. Der Bürgerausschuss setzt sich nun zusammen aus 42 Mitgliedern der bürgerlichen Parteien (Nationalliberale und Zentrum), 22 Fortschrittler und 8 Sozialdemokraten. Letztere Partei zieht mit 8 Mann verstärkt in das städt. Parlament ein. Die 42 Mitglieder der bürgerl. Parteien zerfallen in 28 Nationalliberale und 14 Zentrum.
Lörach, 12. Juli. Bei der Gemeinderatswahl in Weil wurden 6 Kandidaten der Vereinigten liberalen Parteien und 2 der sozialdemokratischen Partei gewählt.

Jugendbewegung.

Helbensteden einer Jugendwehr. In Darmen, dem Sitz der Zentralkommission der evangelischen Junglingsvereine ist, wie in vielen anderen Orten, durch bürgerliche 'Jugendfreunde' eine sogenannte Jugendwehr gegründet worden, d. h. eine nach militärischem Muster organisierte und geübte Schar von jungen Burschen, die unter der Leitung aktiver oder inaktiver Kameradschaften die militärischen Feldübungen nachahmen und 'Krieg' spielen. Diese Jugendwehr war vor kurzem nach Mondorf bei Warmen ausgerückt, um dort eine 'Übung' vorzunehmen. Man marschierte mit einem Hauptmann zu Pferde an der Spitze dorthin, 'übte', trat dann zur 'Kritik' zusammen und hielt schließlich aus einem 'Feldgottesdienst' ab, zu dem sich sogar ein echter Geistlicher mit Lalar und Wäffchen bemüht hatte. Als man aber mitten drinn war, trat plötzlich ein Hindernis ein: der Jagdpächter des 'betriehten' und besetzt gehaltenen Gebietes, ein Fabrikant aus Warmen, trat im Jagdostium in den Kreis

Cheater und Musik.

Stadtgärtentheater Karlsruhe.

Am Freitag fand eine Wiederholung von Leo Falts so schön beliebt gewordener Operette 'Die Dollarprinzessin' statt, welche sich angesichts der Tropenhitze in den letzten Tagen eines eigentlich recht guten Besuches erfreuen durfte und dank einer stottern, lebendigen Wiederholung beim Publikum freundlich aufgenommen wurde. Zunächst ist es erfreulich, tonfälliger zu hören, daß das Orchester unter Herrn Hellers Leitung ganz bedeutende Fortschritte zeigt, die die musikalischen Schönheiten der verschiedenen Instrumente vortrefflicher und einwandfrei zur Geltung kommen lassen. Auch die szenische Leistung des Herrn Ander konnte voll auf befriedigen und verdient hierfür Lob; was uns aber keineswegs gefallen will, ist das Ueberhandnehmen so zahlreicher, oft total blödsinniger 'Temporets', die meistens gar nirgendwo der Handlung und Situation entsprechen, wie z. B. 'Auge des Huhns' — 'Garten... warten' — 'Stimme!' — 'Aber Penzin für eine Willton' — und anderer Rumpst mehr. Die solistischen Leistungen könnten sämtliche befriedigen; in hohem Maße jedoch zunächst Berzehen als Fredy Wehrburg. Der Herr vereinigt alle Vorzüge eines guten Operntentors in seiner Person, die da sind: sympathische, ansprechende und helltimmer Stimme, gewinnendes, angenehmes Äußeres und tadelloses, weitmännliches Spiel. Wer jetzt noch mit verhaltenem Gröhl an unsere letztjährige Stellungnahme in der Tenorfrage denkt, der hat eben ein Brett vor der Stirne — und soll es auch in Gottes Namen behalten. Neben Herrn Berzehen bestand Herr Fiebiger als Alice ebenfalls mit vollem Erfolg und mußte schon beim Auftrettslied ihre ausgiebigen Stimmkräfte einwirkend in Anwendung zu bringen. Für Herr Conti sprang Herr Marschall (solte es statt 'aus Berlin' nicht etwa 'aus Dueslinburg' heißen?) als Daisy Gray ein und konnte stimmlich und darstellerisch in dieser Partie befriedigen. Herr Ludwig verdient für sein ernstliches Bestreben als 'Danz' wohl gelobt zu werden, war aber in Spiel und lebhaften Seiten mitunter wenig 'feinherlich'. Eine gute Figur stellte Herr Ander als Gouder auf die Bühne, zu der sich die beiden 'germanisierten' Amerikaner Tom und Dick (Herr Samberg und Herr Richter als würdige Ergänzungen gesellen. Eine nicht unbegrüßte, feste Olga scheinen wir dieses Jahr in Herr Schönfeld gewonnen zu haben, umso mehr bedauern wir es aus diesem Grunde, auf ihr musikalisches Entree des 2. Aktes haben verzichten zu müssen. Schließlich ist noch Herr Richter zu erwähnen, die als Witz Thompson hier schon bestens eingeführt ist. W. Sch. hinein und rief mit lauter Stimme: 'Hören Sie auf, Herr Pastor!' Dieser ließ sich dadurch noch nicht stören. Der Rind- und Wackerholze keinen Auf. Dann entwickelte sich folgendes Zwiegespräch:
Der Pastor: 'Stören Sie mich nicht in meinem Amte.'
Der Jäger: 'O, hier ist keine Kirche; ich bin Pächter der Waid in diesem Revier und verbitte Ihnen das hier.'

Der Pastor: 'Wenden Sie sich an andere Herren.'
Der Jäger: 'Wo ist der Führer dieser Veranstaltung?'
So ging es fort. Dabei stimmten die jungen Heiden ein wahres Indianergeheul an. Die unflätigsten Reden wurden lächelnd über den Jagdpächter ausgegossen. 'Watt well de olle Kähl!', schrie man. 'Schlont dat Dos doch boat, trampelt em doch en de Fott!' usw. Wären nicht einige Führer besonnen gewesen und dazwischen getreten, so wäre es dem Herrn wohl übel ergangen. Man denke, die Gesellschaft hatte soeben — 'Feldgottesdienst' abgehalten! —

Diese Sache kam bald in die bürgerliche Presse. Während dabei die Jugendwehr ganz mörderisch auf den Jagdpächter schimpfte, gab dieser von dem Treiben der Wehr ein Bild, das sich diese sicher auch nicht hinter den Spiegel stecken wird. Er schrieb da unter anderem in direkter Rede dem Führer der Wehr gegenüber:
'Es treiben sich stets ganze Trupps junger Leute herum, die in meiner Jagd Indianer spielen und diese Sorte geniert sich nicht, auf Menschen zu schießen. (Verschiedene Bauern sind schon vorfänglich angeschossen worden.) Dann werden Kavalkaden und Bettrennen von ganzen Gesellschaften abgehalten, die mir das Wild vertreiben! Ihre Veranstaltungen seht nun aber allem die Krone auf! Sie machen mit Ihren Schützenfesten und mit Ihrem Schießen ja das reinste Kesseltreiben, das mir ausdrücklich im Jagdvertrage unteragt ist. Wenn ein einzelner Mann mit Gewehr und ohne Jagdschein in einer Jagd angetroffen wird, so wird er als Wildschütz verhaftet; ein Kesseltreiberei ist noch schlimmer!... Augenblicklich können die Jungfrauen und Rehe noch nicht ordentlich laufen und so kam es, daß gestern eine ganze Anzahl Jungfrauen, die von Ihrer Schützenkette aufgetrieben wurden, von Hundern ergriffen und getötet wurden. (Folgen Zeugenangaben.)

Sie waren übrigens im Irrtum, wenn Sie behaupteten, es sei in meiner Jagd nicht geschossen worden. Es ist ganz wirtlich geschehen worden und dann noch gerade während der Kirchzeit 4 vor 10 Uhr! Ferner nenne ich Ihnen den Landwirt Höfchen von der Erbselöcher Straße, der beklagt wird, daß Ihre Schützen vor vierzehn Tagen Jungpflanzen in der Schonung der Mondorfer Anlagen ausgerissen haben! Bei diesen Leuten können Sie auch erfahren, wie die Bauern über solche Veranstaltungen denken.
Was nun die Religion mit solchem, nach meiner Ansicht unerlaubtem Unfug zu tun hat, ist mir unerfindlich. — oder sollte der Feldgottesdienst ein 'Te deum laudamus' — 'Herr Gott, Dich loben wir!' für die vielen vernichteten Waldbewohner vorzuziehen? Selbstredend habe ich nicht daran gedacht, einen wirklichen Gottesdienst zu führen, sondern habe nur den Veranstaltung der Zusammenrottung hundert Menschen gesucht, um der Sache bald ein Ende zu machen. — Den Prediger habe ich selbstredend auch nicht für einen echten Pastor gehalten, sondern wie seine Soldaten für eine Nachahmung.

Freundliche Mitteilung, daß es sich bei diesen Veranstaltungen um eine Veredelung der Jugend handelt, war mir wirklich sympathisch, aber es dünkt mich, daß Ihre Soldaten doch geistiger waren, als wenigstens einer Ihrer Führer, ich meine den Herrn Hauptmann zu Pferde, der sich durch niedrige Schimpfereien und direkte Verleumdungen gegen mich hervorhat!
Schließlich schreibt der Jagdpächter dem Führer der Jugendwehr noch folgendes ins Stammbuch:
'Ich bin überzeugt, verehrtester Herr Vorsteher, daß Sie es ehrlich mit den jungen Leuten meinen, und da will ich nicht veräugeln, Ihnen einen Fingerzeig zu geben, wie Sie rascher zum Ziele kommen, ohne in das Eigentum Dritter einzugreifen: Fragen Sie die jungen Leute, ob sie die Namen der gemöhnlichen einheimischen Waldbäume und Sträucher, der Vögel, Schmetterlinge, Fische, Wasserreier, der giftigen und ehbaren Pilze usw. kennen?! Ich wette, Sie finden eine pyramidale Unwissenheit.
Gier sehen Sie einmal ein, führen Sie die Jugend in Weidungen in die herrliche Gottesnatur, machen Sie dieselbe auf alles Schöne, Gute und Interessante aufmerksam. — dabei braucht man den Schöpfer des Alls doch nicht vergessen. Sie werden sehen, das klappt dann doch ganz anders.'

Soweit der Herr Fabrikant. — Es ist überflüssig, seiner Kennzeichnung des Treibens noch ein Wort der Kritik hinzuzufügen. Daß es ausgerechnet ein angesehenen bürgerlicher Herr war, dem dieses Uebertreuer passieren mußte, gibt der Sache ihren besonderen Reiz. Ob diesen Herrschaften jetzt nicht endlich die Augen aufgehen über den Unfug, an dem sie durch ihre Begünstigung des empörenden Treibens mitschuldige sind? Man stelle sich aber einmal das Geschehene vor, das in der bürgerlichen Welt losgelassen worden wäre, wenn eine Gruppe der freien Jugendbewegung auch nur den hundertsten Teil dieses Standals verübt hätte!

Gewerkschaftliches.

Anreizung zum Verbrechen. Eines der widerwärtigsten Verbrechen ist die 'Deutsche Arbeitgeber-Zeitung'. Es gibt keine Nummer, in der das von den Scharfmachern ausgehaltene Blatt nicht in der niederträchtigsten Art gegen die Arbeiter heßt. In seiner letzten Nummer vom 7. d. Mts. hat das Blatt die Höhe erreicht, es fordert zum Totschlagverbrechen an Streikenden auf. Aus Zürich läßt es sich über den azül Kaiser-Waldler berichten. Waldler wurde bekanntlich von einem der Schützlinge der 'Arbeitgeber-Zeitung' niedergeschossen, als er denselben auf die Verantwortlichkeit seiner Streikbrecherfähigkeit im Züricher Malerstreik aufmerksam machte. Da Kaiser noch dazu 'christlich' organisiert ist, hat diese Verfolgung des 'christlichen Grundgesetzes' 'Du sollst nicht töten' dem Scharfmacherorgan besonders imponiert. Da Kaiser von dem bürgerlichen Gericht, wie nicht anders zu erwarten war, überdies freigesprochen wurde, so ist ja auch 'bewiesen', daß der aus dem Nebenamt hinterhältig schießende Kaiser ein mindestens ebenso anständiger Kerl ist, wie die 'Arbeitgeber-Zeitung' wünscht, daß alle Streikbrecher wären. Deshalb kommt sie wohl auch zu folgendem Schluß:
'Im übrigen war die Tat ein gehöriger Fingerzeig, daß die Arbeitswilligen sich selber helfen müssen, wenn der Wille oder die Fähigkeit dazu bei den Behörden nicht vorhanden ist.'
Also weil es in der Schweiz noch kein Gesetz gibt, das verbietet, Streikbrecher anzureden, sie auf das Verbrechen ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen, deshalb sollen einfach diese Elemente jeden niederknallen und das ist im Sinne der 'Arbeitgeber-Zeitung' 'Selbsthilfe'. Jedes weitere Wort der Kritik vor solch moralischer Verkommenheit wäre zu viel.

Zur Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover. Die Abstimmung über die vorliegenden Vorschläge ist von 5480 beteiligten Arbeitern vorgenommen worden. Davon haben 2793 für und 2687 gegen die Annahme gestimmt. Es wurden 54 ungültige Stimmzettel abgegeben. Damit ist der Friedensschluß möglich gemacht worden. Am Freitag, den 12. Juli, fanden die Schlussverhandlungen statt, um die Einstellungsfrage zu regeln und ein Schlussprotokoll festzulegen. Das Schlussprotokoll lautet:
1. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Am 1. Juli 1913 wird die wöchentliche Arbeitszeit

auf 50 1/2 Stunden verkürzt ohne weiteren Lohnausgleich.

2. Sämtliche Stundenlohnarbeiter erhalten eine Stundenlohnzulage von 8 Pf.

3. Ueber die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeitverfügung wird eine Verständigung in den einzelnen Betrieben zwischen den Unternehmern und den Arbeitern herbeigeführt werden.

4. Es wird volle Konstitutionsfreiheit gegenseitig gewährleistet. Jede Agitation im Werke ist untersagt.

5. Die Aufhebung der Aussperrung und die Wiedernahme der Arbeit in den hannoverschen Betrieben wird davon abhängig gemacht, daß der Streik in sämtlichen bestreikten hannoverschen Firmen vorbehaltlos als beendet erklärt wird und die Sperren gegenseitig aufgehoben werden.

Die Arbeiter haben sich am 15. Juli in den Fabriken wieder zu melden und wird voraussichtlich die Arbeitsaufnahme Dienstag nächster Woche beginnen. Damit scheint der Friede endlich gesichert.

Die Aussperrung in Magdeburg und Halle a. S. ist am Donnerstag abend durch den befehlmächtigen des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller aufgehoben worden. Eine Anzahl Betriebe in den zuletzt genannten Orten haben schon vor Aufhebung der Aussperrung die Arbeit aufnehmen lassen.

Genesbach, 14. Juli. Gestern Freitag legten sämtliche Bauarbeiter am Schulhausneubau die Arbeit nieder, weil man hier die Arbeiter ohne weiteres entlassen hatte. Diese Arbeiter sollten 'aussetzen', weil nicht genügend Arbeit vorhanden sei. Daß dieses nur eine Komödie war, haben sämtliche Arbeiter sofort eingesehen. Am letzten Montag hatte man noch Arbeiter eingestellt. Am Donnerstag wurden Leute entlassen, die zum Teil schon jahrelang bei den betr. Unternehmern beschäftigt waren. Am Bau waren 28 Arbeiter beschäftigt und 28 verließen die Baustelle; kein einziger hat also die Solidarität verkehrt. Alle waren einig und so konnte am selben Nachmittage die Sache geschlichtet werden. Die bereinigten Unternehmern haben nachgegeben und am Samstag morgen war alles wieder an der Arbeit. Das Gewerkschaftsamt hat schon jahrelang an den Gemeinderat Eingaben gemacht, daß bei Vergebung von städtischen Arbeiten hier die Arbeiter berücksichtigt werden sollen und daß diese auch verpflichtet werden, einheimische Arbeiter zu beschäftigen. Dem Unternehmer ist man in weitestem Maße entgegengekommen, den Arbeitern aber nicht. Am Freitag war nicht eine einzige Person von unheimlich wohlthätigen Stadtverwaltung zur Stelle, die sich um die Arbeiter angenommen hätte. Unsere Kollegen mußten ihre Sache selber ausfechten und haben sie auch ausgefochten. Die Arbeiter sehen jetzt, was Disziplin und Solidarität heißt und werden sich auch fernherhin gegen Maßregelung und Schikane zu schützen wissen.

Der Generalstreik ist beendet — die Militär-Diktatur beginnt!

Aus Zürich wird uns geschrieben: Der über alles Erwarteten glänzende und imposante Verlauf des 24stündigen Generalstreiks hat die Regierung und das mit ihr koalitierte Unternehmertum zu einem Schritt getrieben, der eine infame Provokation bedeutet: Noch in den Abendstunden des Freitag, als Zürich in Finsternis und Ruhe lag, als man sich allgemein des erhebenden Verlaufes des Demonstrationstreiks erfreute, als sogar die bürgerliche Presse zugeben mußte, daß der Generalstreik über Erwartung gelungen und ruhig verlaufen sei, — ließ die Regierung, die vor ohnmächtigen Born rein den Kopf verloren hatte, Plakate anhängen, worin sie die Bataillone 62, 64 und 67, sowie die Schwabronen 24 und den Stab von Regiment 27 zur sofortigen Verhaftung aufrief und für Samstag früh nach Zürich beorderte. Für den Abend und die Nacht verfügte sie ferner, daß die Mannschaft der Festungsartillerie II und die Geniespirantenschule den Sicherheitsdienst zu übernehmen habe. Tatsächlich dauerte es nur eine Stunde und die ersten Trupps Soldaten durchzogen bereits die Stadt — nur zu dem Zweck, die völlig ruhige Arbeiterschaft zu provozieren! Daß es alsbald zu Zusammenstößen kommen mußte, war ganz unausweichlich. Zum Glück befielen wenigstens unsere Genossen den Kopf oben, so daß außer durch einen überreifen Säbelstich kein weiteres Blut vergossen wurde.

Über auch der Stadtrat verlor den Kopf! Er, der nach am Mittag in aller Ruhe die Versuche, den Trambetrieb zu erzwingen, aufgegeben hatte, hob jetzt auf einmal, getrieben von den Unternehmern, die zur Vertagung der Aussperrung bestimmen waren, sein partielles Streikpostensystem auf und verfügte, daß jedes Streikpostensystem verboten sei, daß die Schweißerei mit Selbststrafen, die Ausländer mit Ausweisung bestraft werden würden! Eine Begründung hatte man für überflüssig gehalten. Die Maßnahme war eben diktatorisch und allein aus der Brut darüber, daß gegen den allerersten Generalstreik in der Schweiz mit einem so imponierenden Erfolg geendet hatte.

Und ein Erfolg war dieser Streik, so erhebend, so imponierend, wie ihn die Schweizer Arbeitererschaft nie vorher erlangt hatte. Nicht nur, daß kein einziger Trambwagen in die Stadt kam, nicht nur, daß alle Fabriken stillstanden, alle Werkstätten leer blieben, kein Auto fuhr: Sämtliche Geschäfte, Banken, Warenhäuser usw. mußten geschlossen werden. Da wo einzelne Unternehmer den Herrn im Hause markierten, wurden Trupps von je 2-300 Arbeiter vorfürlich und zungenlos zur Schließung der Fabriken. Viele hunderte von Inorganisierten und Christlichen (die natürlich den Arbeitern wieder in den Rücken fielen), wurden auf diese probate Weise ebenfalls gezwungen, einen Taglohn zu opfern und einen Feiertag dafür einzuhelfen.

Dazu kam, daß die Arbeiterschaft sich in einer Weise benahm, die bewundernswürdig genannt werden kann. Den ganzen Tag über herrschte eine glühende Hitze, die vielen den Aufenthalt in den Straßen unmöglich machte. Aber trotz alledem wurde das Alltagsleben der Arbeiterkassen respektiert und nur die Brunnen der Stadt frequentiert. Und als am Nachmittag die 8000 Teilnehmer des Unmutes (einige Laufende Arbeiter waren bereits in die Berge geflohen oder in die Orte an den kühlen Seefern) im Stadtpark anlangten, als alles wie ausgetrocknet schien, auch da wurde kein einziges Glas Bier oder Wein getrunken! Der Wirt gab einige Laufende leere Gläser her und dann wurden die Brunnen gestürzt, daß es eine Freude war, das mit anzusehen. Es war deshalb auch nicht ein einziger Betrunkener in der Stadt zu sehen und wenn trotzdem die Heißblütigen unter den Intellektuellen sich zu Ausschreitungen hinreißen ließen, so war auch daran der Alkohol unschuldig. Aber dafür war ein direkter, greifbarer Erfolg des Streiks zu buchen: Die Hinterbrüder der Metallindustriellen, gegen deren Auftreten und Schutz sich in erster Linie der Streik richtete, wurden bei Ausbruch des Streiks schnell auf Land gebracht und dort bis Sonntag interniert! Welt, weit wichtiger aber ist, daß der Massenaufmarsch der Streikenden, die von der Union aus mindestens 20 000 angegeben werden, zum ersten Male der Züricher Arbeiterschaft einen Beweis ihrer Kraft geliefert hat. Und darin erblickt das Unternehmertum die größte Gefahr: Aus Angst, die ermachte Kraft könne jetzt zu größeren Schlägen ausweichen, ruft es die Bajonette und die Kleinfalbrigen herbei. Und unter deren Schutz vollzog es am Samstag eine zweitägige Aussperrung, die sehr zur Aufklärung der Arbeiterbeiträge wird!

Die schon genaug vorergründen, die dieser wurde Jahre 1893 Karl Wern...
1893/94
1906: 940
11 767 339
170 000
Arbeiter
1906: 1906
ein, der
Seit
Zukunft,
Zunehmende
mit einem
schen Kur
zum...
Es kn
teit des A
gen dies
übergangen
eine politis
wäre Klü
vollständig
gang verlag
Aspiratore
N
Es kn
schillerer
Zunehmende
und sich sel
Doß d
eine freun
währenden
 ihrer Führe
kenntnis
ausübend
beweisführ
Wenn
Turner
wäre gefolg
sein städti
nungsbüro
und ihrem
auf dem M
meinem in
Bericht seit
berichtig
wurde, dan
Turnhalle
der Leuch
die diese G
gefundenen
Zeitung

ingen in
und über
legenheit
schaft über
Deutschen
turnerbüro
weite Besu
es unter B
Gonen des
befeiert nu
Die je
diegenige
unbedingt
Gemeindef
nach ist
Rüperbüro
Rolle, in
Rollebewuß
Heißhalten
von allen,
haben, gen
Mitglieder
Sie fol
Zunöbig
Hofenhebe
er von der
hat — die
Schaffung
einem Deu
Mit die
Zunöbater
Zunöbünd
der fol
des Zünne
sozialdem
send auf d
Berreiter
Arbeit im
Daß d
geitungen
heit darau
der letzte
ist, das be
und beite

Saison- Ausverkauf

Fede neue Saison mit neuer Ware zu eröffnen das ist das Prinzip meines Hauses. Ich bringe in meinem Ersten Saisonausverkauf die Restbestände dieser Saison, also ausschliesslich nur neue moderne Waren zum Verkauf und biete ich deshalb meiner verehrten Kundschaft durch diese Veranstaltung eine günstige Gelegenheit, den Bedarf für die Sommer- und Reisezeit zu ganz besonders niederen Preisen zu decken.

In allen Abteilungen meines Hauses.

Bis zum Schluss der Saison will ich das gesamte Modewarenlager, speziell Damen- und Kinderkonfektion vollständig

== ausverkaufen. ==

Um dies zu erreichen, habe ich die Preise so niedrig gestellt, dass jedes einzelne Stück ganz hervorragend billig ist.

Erstes Spezial-Angebot:

Damen- u. Kinder-Confection

Die Ausverkaufspreise sind neben den regulären Preisen deutlich mit Blaustift auf jedem Etikett vermerkt.

<p>Costüme Leinen und imitiert Tussor jetzt 650 9.— 1250 1600 19.— 24.— Wert bis 48.—</p> <p>Popeline-Mäntel jetzt 475 675 12.— 16.— 18.— 22.— Wert bis 50.—</p> <p>Stickerei- und Voile-Blusen jetzt 650 750 950 1250 Wert bis 25.—</p> <p>Wasch-Costümröcke jetzt 225 375 550 750 Wert bis 15.—</p>	<p>Costüme englischer Geschmack jetzt 9.— 15.— 1950 25.— Wert bis 75.—</p> <p>Englische Paletots jetzt 450 6.— 850 12.— 16.— 1950 Wert bis 40.—</p> <p>Mousselin-Blusen jetzt 225 280 325 375 Wert bis 8.—</p> <p>Costüm-Röcke engl. Geschmack jetzt 360 550 750 975 Wert bis 20.—</p>	<p>Costüme blau Kammgarn jetzt 12.— 17.— 21.— 29.— 38.— Wert bis 80.—</p> <p>Seiden- und Voile-Mäntel jetzt 13.— 16.— 25.— 35.— Wert bis 85.—</p> <p>Stickerei-Blusen jetzt 190 250 325 450 525 Wert bis 12.—</p> <p>Costüm-Röcke schwarz u. marineblau jetzt 550 750 975 1350 Wert bis 25.—</p>
---	--	--

Knaben-Konfektion

Knaben-Wasch-Anzüge Façon: Bluse, Kiel und Prinz Heinrich	jetzt 450 325 250 195
Knaben-Waschblusen Matrosen, Sport und hochgeschl. Façon	jetzt 2.— 150 125 75 50
Knaben-Waschhöschen echtfarbig, marineblau	jetzt 175 150 125 95
Russen-Kittel verschiedene Ausführungen	jetzt 225 175 125 95 75

Mädchen-Konfektion

Wasch-Kleider	jetzt 375 250 185 135 95
Mousseline-Kleider	jetzt 750 550 475 350 275
Stickerei-Kleider	jetzt 575 480 375 250 150
Voile-Kleider	jetzt 1050 850 775 650
Mädchen-Blusen	jetzt 325 250 175 135 95

Abänderungen werden zum Selbstkostenpreis berechnet.

Beachten Sie meine in den nächsten Tagen erscheinenden Spezialangebote aus allen Abteilungen meines Hauses.

Hugo
Landauer

Karlsruhe == Kaiserstrasse 145.

Dr.
Ausgabe
Abonnemen
75 Pf. die
abgeheilt, n
2.10 M., d
Buchdrucker
Inferre
nummen 12
Arbei
Bauer,
der guten
und böllig
fertums w
erlaubt. A
Büchtern.
Gergensein
glaubte, an
anderzuleg
hochgebore
ihm der M
was andere
und froh je
durch eine
Seute I
Gleichbered
weigem B
Bauer, deß
worden ist
agrarischen
redigtiger
die damals
treten, und
schen, wird
das ist was
In Dre
wirtschaftli
Sie gab 3
wohlfahrt
weigen un
unieres Ag
rein wirtsch
scheint, die
schafflichen
in eindring
Haben von
Ideologie,
Dinge, als
termittelbeg
Deutschland
jen, Dreiß
laggenoffen
berwertung
Geftrigität
nung die
gibt der U
Jahre 191
schaften nid
hatl Rim
lungen, be
lohnender
es nicht die
furcht und
aufammenh
Kupfuz fin
pals, die
ohne sie eig
Dielelbe
unberfroren
wenn sie e
nötig haben
genossenjda
haben und
die Nehnlich
suchen, ihn
pen parteip
jenköfflich
alte Sprud
Arbeiter,
Gerade
senidaffen
beitergewer
sam geplan
Es gehört
heit, von d
macht und
gern zu wo
Kappus, in
tischen Grü
nommene
einem groß
renjuntern
Neues. E
nen Genoff